

## **Lehrlinge: Den Grundsätzen im NAB müssen jetzt Taten folgen**

Utl.: Achleitner: "Problematische Lehrverhältnisse müssen endlich leichter lösbar sein" =

Wien (PWK) - "Die Bundesregierung hat in ihrem Aktionsplan für Beschäftigung (NAB) wichtige Grundsätze zur Lehrlingsausbildung beschlossen. Jetzt müssen Taten folgen", verlangte Fritz Achleitner, Obmann der Bundessektion Gewerbe und Handwerk, anlässlich des Sektionstages am Mittwoch in Wien. So müsste beispielsweise noch bis zum Juli geklärt werden, wie die Vorlehre konkret umgesetzt werden kann, die neuen Lehrberufe in der Praxis aufgebaut sind und wann die geplanten Schiedsstellen eingerichtet werden. An die Steuerungsgruppe für die Umsetzung des NAB appellierte Achleitner, so rasch wie möglich die Arbeit aufzunehmen und die Rahmenbedingungen für die Betriebe so positiv wie möglich zu gestalten, damit genügend Lehrplätze angeboten werden können. \*\*\*\*

"Am wichtigsten ist für unsere Betriebe, daß problematische Lehrverhältnisse endlich leichter lösbar sind", betonte Achleitner. Das "Angekettetsein" an einen Lehrling, der weder willens noch in der Lage ist, seine Ausbildung ernsthaft abzuschließen, und damit ausbildungswilligen Jugendlichen den Lehrplatz wegnimmt, ist einer der entscheidenden Gründe, warum Betriebe ihre Lehrausbildung einstellen. Dies bestätigt eine Umfrage des Insituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw), wonach 78% der befragten Betriebe die Ausbildung eingestellt haben, weil die Regelungen im Arbeits- und Jugendbeschäftigungsrecht die Lehrlingsausbildung sehr schwierig machen. An der Spitze der Gründe: Die Unlösbarkeit des Lehrvertrages bei Nichteignung während der Lehrzeit. "Die Gewerkschaft soll endlich ihre Blockadepolitik aufgeben und engagierten Jugendlichen eine Chance geben", appellierte Achleitner an die Arbeitnehmervertreter. In diesem Zusammenhang forderte Achleitner den ÖGB auf, einer Verlängerung der Probezeit auf drei Monate und einer Verringerung der Behaltspflicht zuzustimmen. "Wenn dadurch auch nur ein einziger Ausbildungsplatz erhalten bleibt, dann war es das wert".

Weiters verlangte Achleitner die Mindestausbildungszeit in den Betrieben auf 30 Stunden festzulegen. "Die Lehrbetriebe brauchen ausreichend Zeit für die Ausbildung. Durch Arbeitszeitverkürzungen und

Verlängerungen der Berufsschulzeit wurde die betriebliche Ausbildungszeit in den letzten Jahren immer weiter reduziert." Gleichzeitig müssen die Bestimmungen des Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetzes weiter an die Erfordernisse der Praxis angepaßt werden. Dabei müsse man über eine Flexibilisierung der wöchentlichen Arbeitszeit der Jugendlichen ebenso reden wie über eine Reduktion der für Lehrlinge verbotenen Arbeiten. Die Arbeit mit maschinellen Werkzeugen soll nach entsprechender Einweisung bereits nach dem ersten Lehrjahr möglich sein.

Rund 90% aller qualifizierten Fachkräfte, 75% des technisch-gewerblichen Mittelbaus und 50% aller österreichischen Unternehmer kommen aus der Lehrlingsausbildung. "Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung ist daher nicht nur für das Gewerbe und Handwerk, das 60% aller Lehrlinge ausbildet, sondern für die gesamte österreichische Volkswirtschaft lebensnotwendig", schloß Achleitner.

(Schluß) MH

\*\*\*\*\*ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS\*\*\*\*\*

OTS0040 1998-04-23/09:21

230921 Apr 98

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19980423\\_OTS0040](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980423_OTS0040)